

DIE LINKE. Fraktion

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1040/2007**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 12.06.2007

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Die Linke.Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport	20.06.2007	Vorberatung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	25.06.2007	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	05.07.2007	Entscheidung

Betreff:

Antrag zur GIAG

- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 12.06.2007 -

Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die politisch Verantwortlichen für den Landkreis Gießen, insbesondere an den Landrat Herrn Marx und an den Ersten Kreisbeigeordneten Herrn Stefan Becker,
 - die seit Jahren bestehenden Missstände bei der GIAG, die zu Lasten der Hartz-IV-Empfänger und der Beschäftigten der GIAG gehen, endlich zu beheben.
 - umgehend die 60 bei der GIAG fehlenden Stellen zu schaffen und zu besetzen.
 - der ständigen Personalfluktuaton bei der GIAG durch unbefristete Arbeitsverhältnisse entgegenzutreten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich für diese Ziele bei den politisch Verantwortlichen im Landkreis Gießen mit aller Kraft einzusetzen.

Begründung:

Es ist, Ende der ersten Halbzeit' für die im Januar 2005 eingerichtete Gesellschaft für Integration und Arbeit Gießen (GIAG). Denn der Gesetzgeber hat die Kooperation von Kommunen und den örtlichen Agenturen für Arbeit zur Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Bezieher zunächst bis Ende 2010 befristet.

Trotzdem ist die GIAG immer noch nicht mit der für ihre Arbeit notwendigen Anzahl von Stellen ausgestattet. Sie hat zurzeit 158 Mitarbeiter; es fehlen aber rund 60, um ordentlich arbeiten zu können. Die Zahl von 60 fehlenden Mitarbeitern wurde vom Personalratsvorsitzenden der Kreisverwaltung Gerhard Kühnel genannt. Sie ergibt sich, wenn man den vom Bund festgelegten Bedarfsschlüssel anwendet.

Die GIAG betreut im gesamten Landkreis inklusive der Stadt Gießen 10 932 „Bedarfsgemeinschaften“, die von fast 21 400 Menschen gebildet werden. Von diesen wiederum gelten 15 300 als erwerbsfähig. Die Zahl der unter 25-Jährigen, deren Wohl und Wehe von der GIAG abhängt, wird mit 9 100 beziffert. (G. Allg. 1. 3. 07) So muss ein Fallmanager in Gießen zwischen 480 und 600 Fälle betreuen. Eigentlich sollte er sich um 75 und 150 Fälle kümmern. Es liegt auf der Hand, dass dadurch die notwendigen Beratungen zu kurz kommen und die Integration in den ersten Arbeitsmarkt kaum gelingt. Die Nachbarkreise sind personell deutlich besser ausgestattet: Im Lahn-Dill-Kreis hat man etwa 2000 Bedarfsgemeinschaften weniger zu betreuen, aber 50 Beschäftigte mehr als der Landkreis Gießen. Die Wetterau hat rund 8 000 Bedarfsgemeinschaften - d. h. ca. 3 000 weniger - und trotzdem 15 Stellen mehr für den Hartz-IV-Bereich.

An dieser Situation hat sich auch nichts geändert, seitdem im Sommer 2006 der Landkreis die Anteilsmehrheit in der GIAG übernommen hat.

Mit ihrem Umzug in den Erdkauter Weg am 1. Juni sind die Raumnöte der GIAG beseitigt, die bisher als Grund genannt wurden, warum keine neuen Mitarbeiter eingestellt wurden. Aber die regierende Koalition im Landkreis hat trotz des vom Bund vorgeschriebenen Personalschlüssels nur 20 weitere Stellen eingeplant.

Als weiteres Hindernis an einer ordentlichen Arbeit wird kritisiert, dass viele Mitarbeiter bei der GIAG nur befristete Arbeitsverträge haben, so dass eine ständige Personalfluktuations die Folge ist. Allein 11 Mitarbeiter müssen bis zum Jahresende die GIAG verlassen.

Der Magistrat muss sich für eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der GIAG einsetzen. Schließlich leiden auch tausende Hartz-IV-Betroffene in der Stadt Gießen unter den unhaltbaren Zuständen bei der GIAG.

Es kann uns nicht gleichgültig sein, dass der Landkreis versucht, sein Haushaltsdefizit auf Kosten der Ärmsten, nämlich der Hartz-IV-Betroffenen, zu reduzieren.

Michael Janitzki
Fraktionsvorsitzender Die Linke.Fraktion